

Endlich genug von Hitler? Aktuelle Debatten zur Vergangenheitsaufarbeitung

Veranstalter: Akademie für Politische Bildung Tutzing; Institut für Zeitgeschichte München – Berlin

Datum, Ort: 18.03.2016–20.03.2016, Tutzing

Bericht von: Christian Mentel, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Das weite Feld „Aufarbeitung der NS-Vergangenheit“ wird bereits seit Längerem dominiert von Forschungsarbeiten zu Institutionen. Industrieunternehmen und Banken, Vereine und Verbände, Wissenschaftsorganisationen oder auch Museen ließen ihre Geschichte in der NS-Zeit von Historikern ausleuchten. Seit zehn Jahren sind es in großer Zahl staatliche Institutionen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, die sich an die Aufarbeitung ihrer Vergangenheit machen, indem sie Forschungsaufträge vergeben – Ministerien und nachgeordnete Behörden, aber auch Parlamente. Die Aufmerksamkeit hat sich dabei auf die Zeit nach 1945 und damit zur Frage verschoben, wie mit NS-Kontinuitäten, insbesondere in Gestalt des Personals, umgegangen wurde.

Letztere Forschungskonjunktur zu staatlichen Institutionen stand im Zentrum dieser dreitägigen Konferenz, die ihrerseits als Teil einer Konjunktur verstanden werden kann. So erschien im Februar 2016 eine erste Bestandsaufnahme zum Thema, nur wenige Tage vor der Tutzinger Konferenz fand in Bad Honnef eine vergleichbare Veranstaltung statt und bereits gut einen Monat später folgte in Berlin die nächste. Darüber hinaus soll im Oktober 2016 ein einschlägiger Workshop stattfinden, nachdem das Thema bereits drei Wochen zuvor auf dem 51. Historikertag diskutiert worden sein wird.¹ Dass der Haupttitel der Konferenz „Endlich genug von Hitler?“ eine schon durch ihr Programm verneinte Frage stellte, war den Veranstaltern bewusst, betonten sie doch bereits in der Einladung, dass ein Ende der Debatten über Hitler und den Nationalsozialismus nicht abzusehen sei. Weshalb die Wahl dennoch auf diesen Titel fiel, wurde schnell deutlich: Pate stand das am Institut für Zeitgeschichte vorbereitete Handbuch „Mastering Hitler“, das einen Überblick

über die deutsche NS-Aufarbeitung bieten soll.

Das erste Panel eröffnete ARND BAUER-KÄMPER (Berlin) mit einem Überblick über den sich teils deutlich voneinander unterscheidenden Umgang in Europa mit belastender Vergangenheit. Die Ausprägung in Deutschland beschrieb er als aus einer spezifisch bundesdeutschen Konstellation entstanden und warnte, erstere auf andere Staaten zu übertragen. Bauerkämper hob das Potential von aufeinander bezogenen selbstreflexiven, pluralistischen nationalen Erinnerungskulturen hervor: Das Gedächtnis in und zwischen den europäischen Staaten bleibe trotz universalistischer Tendenzen wohl auch in Zukunft umstritten. Dem stellte WILLIAM NIVEN (Nottingham) eine auf Deutschland fokussierte Bestandsaufnahme zur Seite. Für die Wandlungen der letzten zehn Jahre führte er den Begriff „postdidactic memory“ ein. Niven verstand darunter einen neuen Umgang mit der Vergangenheit, der davon ausgeht, dass alle Bürger moralisch mündig sind – und darum aus Angst falsch verstanden, instrumentalisiert oder politisiert zu werden vor Vergleichen, Parallelisierungen oder transnationalen Kontextualisierungen nun nicht mehr zurückgeschreckt werden müsse. Dass dies eine zu positive Sichtweise sein könnte, räumte Niven angesichts gegenläufiger aktueller Tendenzen jedoch selbstkritisch ein – viele Deutsche litten an „Überaufarbeitung“ und würden Diskussionen um die Schuld, die ande-

¹ Christian Mentel / Niels Weise, Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, hg. v. Frank Bösch, Martin Sabrow und Andreas Wirsching, München / Potsdam 2016, <http://www.zzf-pdm.de/Portals/_Rainbow/images/home/2016_02_13_ZZF_IFZ_BKM-Studie.pdf> (27.04.2016). Vgl. auch das 28. Rhöndorfer Gespräch am 10./11. März 2016 zum Thema „Alte Köpfe – neue Ordnung? Personen, Institutionen und politische Kulturen im Nachkriegsdeutschland“ sowie das 5. Rosenberg-Symposium am 26. April 2016 unter dem Titel „Die frühe Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. Aufarbeiter-Kommissionen im Dialog“. Angekündigt sind die Podiumsdiskussion „Die deutschen Behörden und die NS-Zeit. Stand und Perspektiven der Forschung“ am 23. September 2016 auf dem Historikertag in Hamburg und die Veranstaltung „Die Geschichte der Ministerialverwaltungen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit. Ein Workshop zur Arbeit der bisherigen Forschungsprojekte“ am 13./14. Oktober 2016 im Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin.

re Länder auf sich geladen haben, als entlastend empfinden. JEFFREY HERF (College Park) betonte in seinem Referat zum Holocaust und deutsch-israelisch/jüdischen Verhältnis, dass die „einzigartige“ bundesdeutsche NS-Aufarbeitung nicht unterschätzt werden dürfe. Hart ins Gericht ging er mit der altbundesrepublikanischen radikalen Linken und der DDR – beide hätten die Vergangenheit vergessen wollen und einen „unerklärten Krieg“ geführt, der die Zerstörung Israels zum Ziel gehabt habe. Laut Herf bedeute heute NS-Aufarbeitung vor allem, die Gefahr eines neuerlichen Holocaust zu bannen, indem man verhindere, dass Iran die Atom-bombe bauen könne.

Nach diesen Überblicksvorträgen eröffnete CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum), Mitarbeiter des Forschungsprojekts über das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Panel zu bereits abgeschlossenen Projekten. Seine Reflexion galt primär den Rahmenbedingungen; so beschrieb er das spannungsreiche Verhältnis zwischen einem historisierenden Blick auf NS-Belastungen und normativen Erwartungen in der Öffentlichkeit. Kritisch sah Goschler auch die mittlerweile „systemrelevante Größenordnung“ der behördlich finanzierten Forschung und den damit einhergehenden strukturierenden Effekt auf die Wissenschaft. BURGHARD CIESLA (Potsdam), Mitarbeiter der Wissenschaftlichen Kommission des Bundesjustizministeriums, berichtete aus deren Forschungspraxis. So habe man sich zu Anfang nennenswerten Schwierigkeiten gegenüber gesehen: Listen der ehemaligen Hausangehörigen hätten nicht existiert, zugleich habe sich die Kooperation mit dem Ministerium in Bezug auf den Zugang zu den Personalakten zunächst eher schleppend gestaltet. Auch die Untiefen der interdisziplinären Kooperation von Historikern und Juristen innerhalb des Projekts sparte Ciesla nicht aus – nicht immer leicht sei diese zu Anfang gewesen.

Für das noch in Arbeit befindliche Forschungsprojekt des Bundeswirtschaftsministeriums gab DIERK HOFFMANN (Berlin) Einblick in das von ihm mitbearbeitete Teilprojekt, das sich mit der Staatlichen Plankommission der DDR befasst. Anhand von Fallbeispielen zeigte Hoffmann, dass inner-

halb dieses Zentralorgans ein pragmatischer Umgang mit NS-Belastungen bestand, eine NS-Vergangenheit habe Experten, wie etwa Statistiker, ihre Karriere nicht grundsätzlich verbaut. Als Mitarbeiter der Historikerkommission des Bundesnachrichtendienstes betonte GERHARD SÄLTER (Berlin) die aktive Rolle des Geheimdienstes. So habe Letzterer in politische Diskussionen eingegriffen, auch seien über das in der Anfangsphase unkontrolliert rekrutierte Personal NS-Feindbilder in andere Behörden und den öffentlichen Diskurs transportiert worden. Die im Bundesnachrichtendienst bestehenden offenbar höheren NS-Belastungen und ideellen Prägungen erklärte Sälter mit der besonderen Abschottung und dem daraus resultierenden geringeren Anpassungsdruck als in anderen Behörden.

Das Panel zu den als Desideraten ausgewiesenen staatlichen Einrichtungen eröffnete ANDREAS SCHULZ (Berlin) zum Deutschen Bundestag. Schulz, der 2012 an einer diesbezüglichen Vorstudie mitwirkte, schlug unter anderem Einzelstudien vor, die sich etwa bestimmten Alterskohorten widmen sollten; vielversprechend sei die Untersuchung des Bundestags als „politische Verwandlungszone“, als Ort der Begegnung und Zusammenarbeit von ehemaligen Gegnern und Befürwortern des Nationalsozialismus. Eine grundlegend neue Bewertung des Demokratisierungsprozesses sei von zukünftigen Forschungen jedoch nicht zu erwarten. Als nächster Referent gab ANDREAS DORNHEIM (Bamberg) erstmalig einen statistikgeprägten Einblick in ein von ihm 2007 für das Bundeslandwirtschaftsministerium erstelltes personenbezogenes Gutachten, das aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken des Ministeriums unter Verschluss ist. Ein Raunen ging durch das Publikum, als er von den Arbeitsbedingungen berichtete: So seien das zu untersuchende Sample vom Ministerium zusammengestellt und lediglich Auszüge aus den Akten als Kopie zugänglich gemacht worden, die darüber hinaus zunächst noch geschwärzt gewesen seien. Der Historikerkommission, deren Einsetzung im Herbst 2015 angekündigt wurde, empfahl Dornheim unter anderem die Rolle des Ministeriums in der Gewalt- und Vernichtungspolitik des Na-

tionalsozialismus zu untersuchen und hierbei auch den Reichsnährstand einzubeziehen. Anschließend machte MAGNUS BRECHTKEN (München) angesichts der vorliegenden eingehenden Forschungen zu privaten Banken und Versicherungen es als auffällig und merkwürdig aus, dass die Bundesbank ebenso wie die Reichsbank bislang noch nicht näher untersucht wurde. Einen langen Blick seit der Weimarer Republik anmahnd, verwies Brechtken auf konkrete Desiderate. Gruppenbiografien und Netzwerkanalysen seien trotz enger personeller Verflechtungen mit den Landeszentralbanken ebenso wenig vorhanden wie Untersuchungen zu Fragen nach Status und Konzept, insbesondere zum Kern des Selbstverständnisses der Bundesbank: der Unabhängigkeit.

Medien und Kultur standen im Fokus des letzten Panels, das von OLAF BLASCHKE (Münster) eröffnet wurde. Mit Verweis auf die epochemachende Hitler-Biografie Joachim Fests von 1973, die ihren Ursprung in einer Anregung des Verlags hatte, betonte Blaschke die gestaltende Rolle von Verlagen mit ihrem Gespür für gesellschaftliche Bedürfnisse. Statistisch reich unterfüttert, verwies er auf die zwischen 1945 und 2015 erschienenen 1123 deutschsprachigen Bücher, die „Hitler“ im Titel trügen, obwohl es hierin nicht immer um Hitler gehe – der Nationalsozialismus verkaufe sich so schlicht besser. Anschließend vermittelte CHRISTIAN FUHRMEISTER (München) einen Eindruck von der nach 1945 erfolgten Umwertung von Kunstwerken der Moderne. Der in der NS-Zeit als „entartet“ geltende Expressionismus könne als „visuelle Gründungslegende der Bundesrepublik“ gelten, sei doch der Handel mit dieser Kunststrichtung als tätige Aufarbeitung und Bekenntnis zur „richtigen Seite“ interpretiert worden. Besonders beklagte Fuhrmeister die Lage der Provenienzforschung – diese vollziehe sich bis zu 98 Prozent als Auftragsforschung in Museen, dringend nötig sei jedoch ergebnisoffene Grundlagenforschung in der Kunstgeschichte. Noch deutlicher als Blaschke zuvor betonte LUTZ HACHMEISTER (Köln) die Akteursrolle von Journalisten und der Printmedien. So habe der „Spiegel“ bis in die frühen 1960er-Jahre eine deutschnationale Leserschaft besessen und sei von Autoren, die frü-

her im Sicherheitsdienst der SS und in den Propagandakompagnien tätig gewesen seien, mit auflagenträchtigen geschichtspolitischen Artikeln beliefert worden. Bekanntestes Beispiel sei die elfteilige Serie zum Reichstagsbrand von 1959/60, an der auch ehemalige Angehörige der Gestapo mitgearbeitet hätten. Schließlich machte WULF KANSTEINER (Aarhus) drei Paradigmen im Umgang des bundesdeutschen Fernsehens mit dem Nationalsozialismus seit den 1950er-Jahren aus. Zunächst seien, erstens, Taten zwar benannt, die Verantwortung hierfür jedoch nicht zugeordnet worden. Ab den 1970er-Jahren hätten sich, zweitens, die Erzählhaltungen verändert. Nun seien die Opfer visualisiert und zu aktiver Erinnerung ermuntert worden. Schließlich sei, drittens, in den 1990er-Jahren die Frage des „Warum?“ durch „Wie fühlt es sich an?“ ersetzt worden. Einen reflektierten und selbstkritischen Umgang mit der Figur des Täters vermisste Kansteiner bis heute.

Beschlossen wurde die Konferenz durch eine von ULRIKE JUREIT (Hamburg) und ECKART CONZE (Marburg) bestrittene Podiumsdiskussion zur Auftragsforschung, die das Feld der staatlichen NS-Aufarbeitung dominiert. Conze mahnte an, dass sich die Wissenschaft fragen müsse, inwiefern ihre Autonomie durch politische Motivationen der Auftraggeber in Frage gestellt sei. Jureit beschrieb dieses Spannungsfeld anhand von drei Logiken: Erstens der wissenschaftlichen Logik der Auftragnehmer, die den fachlichen Standards entsprechend vorgingen und über das konkrete Projekt hinaus die Forschung voranbringen wollten, zweitens der politisch-legitimatorischen Logik der Auftraggeber, die sich von dem Auftragswerk einen positiven (PR-)Effekt versprächen, und drittens der medial-öffentlichen Logik, die – auch bei nicht bestehendem Neuigkeitswert – vornehmlich auf skandalträchtige Enthüllungen fokussiert sei. Dass die drei Logiken allesamt ihre Berechtigung besäßen, darüber waren sich Jureit und Conze ebenso einig wie über den mitunter großen Erwartungsdruck der Medien. Mit diesem müsse in überlegter Weise umgegangen werden, wolle man nicht Gefahr laufen, zur medialen Schachfigur zu werden und zugleich den kommunikativen Anforderungen des wissenschaftli-

chen Diskurses nicht mehr gerecht werden zu können. Auch wenn, wie Jureit vorschlug, bereits in der Vorbereitungsphase von Auftragsforschungsprojekten externe Meinungen hinsichtlich des Vertragswerks und der Konzeption hinzugezogen werden sollten, blieben Unwägbarkeiten bestehen. Aus dem öffentlichen Interesse an personellen NS-Belastungen sei, wie Conze betonte, ein wissenschaftlicher Mehrwert zu generieren. Konzeptionelle Aufmerksamkeit sollte insbesondere Begrifflichkeiten wie „NS-Belastung“ zukommen und die Frage beantwortet werden, ob der Aufbau der westdeutschen Demokratie, wie Jureit formulierte, „wegen oder trotz der Elitenkontinuität“ gelungen sei.

Versucht man sich an einem Fazit dieser an mehreren Stellen mit neuen Einsichten und Ergebnissen aufwartenden Konferenz, so scheint zunächst wichtig hervorzuheben, dass sie als Plattform sowohl für den Fachaustausch als auch der politischen Bildung angelegt war. Unter den 40 Teilnehmern fanden sich somit neben Wissenschaftlern, zeit-historisch Interessierten und im Bildungsbe-reich Tätigen auch mehrere Medienvertreter.² Diese Zusammensetzung erscheint zum einen gerade bei einem gesellschaftlich relevanten Thema wie der NS-Aufarbeitung angemessen, zum anderen ermöglichte sie ad hoc einen Erkenntnis und Selbstreflexion fördernden Wechsel auf die Metaebene. So konnte man etwa Wortmeldungen aus dem Publikum, die in den Ohren eines Historikers eigenwillig, abseitig oder gar bedenklich klingen mochten, als Ausdruck von außerhalb der Wissenschaft bestehenden Sichtweisen und Interessenslagen interpretieren. Und damit als Exemplifizierung der nur wenige Minuten zuvor am Rednerpult theoretisch beschriebenen unterschiedlichen Logiken von Wissenschaft, Politik und Medien bzw. Öffentlichkeit.

Die Konferenz führte auch vor Augen, dass die Fachdiskussion nach der – auch in Tutzing vor wenigen Jahren ausgetragenen – Debatte um die Studie „Das Amt und die Vergangenheit“ längst auf einer höheren Reflexionsebene geführt wird.³ Angesichts der erheblich gestiegenen Zahl einschlägiger Forschungsprojekte waren nach inhaltlichen Gewichtungen und Bewertungen nun

wissenschaftstheoretische und handwerklich-organisatorische Aspekte in den Vordergrund gerückt. Zum Ausdruck kam dies etwa in dem Begriffspaar „Super-Tanker“ gegenüber „Einer-Kajak“, das die extrem unterschiedliche finanzielle und personelle Ausstattung der Projekte versinnbildlichte (das Budget des kleinsten und größten Projekts unterscheidet sich um mehr als das 150-Fache).⁴ Ähnlich gelagert war auch eine andere sprechende Formulierung eines Referenten: Da er dieselben Vortragenden zu denselben Themen innerhalb weniger Tage erneut auf einer Konferenz zum selben Thema traf, sprach er selbstkritisch von einem „Wanderzirkus“. Diese Gastspiele werden wohl noch eine ganze Weile gegeben werden.

Konferenzübersicht:

Eröffnung und Begrüßung

Michael Mayer (Tutzing) und Magnus Brechtken (München)

Der Blick des Auslands auf die deutsche Vergangenheitsaufarbeitung

Leitung: Magnus Brechtken (München)

²Ein Bericht über die Konferenz von Max Muth, „Nazis zählen geht vor“, Deutschlandradio Kultur 23.03.2016, <http://www.deutschlandradiokultur.de/umstrittene-auftragsforschung-durch-historiker-nazis.976.de.html?dram:article_id=349245> (27.04.2016).

³Vgl.: Tagungsbericht: Widerstand und Auswärtiges Amt, 09.09.2011–11.09.2011 Tutzing, in: H-Soz-Kult, 20.02.2012, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-4009>> (27.04.2016); Tagungsbericht: Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur: Forschungsstand – Forschungskontroversen – Forschungsdesiderate, 21.06.2013–23.06.2013 Tutzing, in: H-Soz-Kult, 05.09.2013, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5000>> (27.04.2016); Themenschwerpunkt „Die Debatte um ‚Das Amt und die Vergangenheit‘“ auf Zeitgeschichte-online: <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-debatte-um-das-amt-und-die-vergangenheit> (27.04.2016).

⁴So beträgt das Budget der Historikerkommission des Bundeswirtschaftsministeriums 3,9 Millionen Euro, den Bearbeitern des Projekts des Bundesverkehrsministeriums standen demgegenüber rund 25.000 Euro zur Verfügung. Vgl. Mentel / Weise, Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus, S. 40, 45; Bundestags-Drucksache 18/4238 vom 5. März 2015, S. 14, <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/042/1804238.pdf>> (27.04.2016).

Arnd Bauerkämper (Berlin): Europäische Dimensionen der Vergangenheitsaufarbeitung

William Niven (Nottingham): Vergangenheitsaufarbeitung in Deutschland

Jeffrey Herf (College Park): Amerikanische Perspektiven der deutschen Vergangenheitsaufarbeitung

Historische Kommissionen als institutionalisierte Vergangenheitsaufarbeitung I: Abgeschlossene Projekte

Leitung: Niels Weise (München)

Constantin Goschler (Bochum): Alles anders gemacht? Die Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Burghard Ciesla (Potsdam): Die aktuelle geschichtspolitische Debatte und die Historikerkommission des Bundesministeriums der Justiz

Historische Kommissionen als institutionalisierte Vergangenheitsaufarbeitung II: Beinahe abgeschlossene Projekte

Leitung: Niels Weise (München)

Dierk Hoffmann (Berlin): Das Bundesministerium für Wirtschaft und seine Vergangenheit

Gerhard Sälter (Berlin): Der Bundesnachrichtendienst und seine Vergangenheit

Desiderate der Vergangenheitsaufarbeitung

Leitung: Anne-Kristin Hübner (München)

Andreas Schulz (Berlin): Der Deutsche Bundestag und seine Vergangenheit

Andreas Dornheim (Bamberg): Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vergangenheit

Magnus Brechtken (München): Die Deutsche Bundesbank und ihre Vergangenheit

Vergangenheitsaufarbeitung in Medien und Kultur

Leitung: Michael Mayer (Tutzing)

Olaf Blaschke (Münster): Verlage als vergangenheitspolitische Akteure

Christian Fuhrmeister (München): Vom Schicksal der Kunst: Zum Stand aktueller Debatten über Kunstraub, Provenienzforschung

und Restitution

Lutz Hachmeister (Köln): Journalisten und Medien als vergangenheitspolitische Akteure

Wulf Kansteiner (Aarhus): Film und Fernsehen als vergangenheitspolitische Akteure

Podiumsdiskussion: Auftragsforschung und Geschichtswissenschaft

Moderation: Michael Mayer (Tutzing) und Magnus Brechtken (München)

Ulrike Jureit (Hamburg) und Eckart Conze (Marburg)

Tagungsbericht *Endlich genug von Hitler? Aktuelle Debatten zur Vergangenheitsaufarbeitung*. 18.03.2016–20.03.2016, Tutzing, in: H-Soz-Kult 28.06.2016.